

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **32 (1952-1953)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Der Herausgeber der *National News-Letter*, *Stephen King-Hall* (London), veröffentlichte in Nr. 829 einen erwägenswerten Vorschlag zur Bildung eines «*Rates für demokratische Information*» (*Council of Democratic Information*). Der Verfasser erinnert zunächst an die Tatsachen des kalten Krieges und die militärischen Anstrengungen des Westens, die darin begründet seien, daß in Moskau nur ein Argument Eindruck mache, nämlich das Argument militärischer Stärke. Es sei aber andererseits ein Fehler, wie schon General Eisenhower in seiner Abschiedsrede betont habe, unsere ganze Hoffnung nur auf die Waffen zu gründen. Die Kommunisten hätten es verstanden, neben der Waffendrohung geistige Argumente in die Waagschale der Entscheidung zu werfen. Sie hätten es im besonderen verstanden, sich mit ihrer Propaganda in den Ländern des europäischen Ostens, Asiens und Afrikas einen demokratischen Anstrich zu geben und in weiten Teilen der Welt den halb bezweifelten, halb geglaubten Eindruck zu erwecken, sie seien die Schildhalter des Friedens und die Retter gegen imperialistische Unterdrückung kleiner Staaten und kolonialer Völker. Die Kommunisten spielten virtuos auf der Seele des Mannes hinter dem eisernen Vorhang. Der Westen sollte sich aufraffen, den Kommunisten die Federn, die sie sich eingesteckt hätten, auszureißen und ihre wahre Natur rücksichtslos bloßzustellen. «Es gibt nur ein wirkungsvolles und auf lange Sicht gesehen brauchbares Mittel, um mit einer schlechten Idee fertig zu werden, nämlich auf den denkenden Menschen mit einer guten Idee einzuwirken.» Wir brauchen daher dringend etwas auf der politischen Ebene, das den militärischen Leistungen, wie der NATO und der EDC oder, auf der wirtschaftlichen Seite, der EECO entspricht; nicht eine allgemeine Verkündung von Grundsätzen wie die Atlantik-Charta, sondern eben einen Council of Democratic Information. Das Problem der Mobilisierung der demokratischen Kräfte nichtmilitärischer Art sollte die gleiche Bedeutung erhalten wie die militärischen Vorkehren. Eine bedeutende Persönlichkeit wäre nach Ansicht King-Halls als Generaldirektor für Informationen mit der gleichen Stellung wie der Präsident der Konsultativversammlung von Straßburg oder derjenigen der EECO zu bezeichnen. Dieser Council of Democratic Information wäre verantwortlich dafür, daß die demokratische Idee in aller Welt rein informationsmäßig gebührend zur Geltung käme. Die Aufklärung sollte das Gewissen der freien Völker stärken und auch die Länder jenseits des eisernen Vorhangs erreichen.

Der Verfasser entwickelt diesen Plan in den Einzelheiten und behandelt zunächst die Frage, wie innerhalb der freien Länder selbst der Sinn für die gemeinsame Sache vertieft werden könnte. Die Bedeutung der politischen Freiheit muß unsern eigenen Ländern immer wieder gepredigt werden, die Bedeutung eines freien Parlamentes, einer freien Presse usw. Bei den westlichen Völkern ist eine stetige latente Neigung vorhanden, diese Einrichtungen als selbstverständlich und nicht sehr bedeutungsvoll hinzustellen. Der Verfasser nennt als Beispiel für eine solche Aufklärungskampagne die in England durchgeführte Ausstellung über europäische Parlamente in der Vergangenheit und heute. Diese Ausstellung sollte in allen europäischen Ländern gezeigt werden können. Bei der Aktion sollten sich die Kirchen, die Industrieverbände, Handelskammern, Bauernverbände usw. beteiligen. Der Verfasser ist überzeugt, daß, wenn nicht endlich in großzügiger Weise der Welt verkündet wird, Kommunismus und liberale Demokratie seien Todfeinde, zwischen denen es keinen Kompromiß geben könne, und wenn nicht ebenso energische Schritte unternommen werden, eine demokratische Welt zu schaffen, wie unsere Gegner sie unternehmen, diese Welt kommunistisch werden zu lassen, der dritte Weltkrieg für uns schon jetzt verloren ist.

In Nr. 18 der von *Margarete Buber-Neumann* herausgegebenen Zeitschrift «*Aktion*» lesen wir in einem «*Lancashire contra Osaka*», mit dem Untertitel «*Die Krise in der englischen Textil-Industrie*» betitelten Aufsatz, im Abschnitt «*Eine weitere Ursache: Sozialismus in einem Land*» folgende Angaben: «Der hohe Lebensstandard im Westen, die sozialen Einrichtungen, der Wohlfahrtsstaat, wie ihn Labour in England überspitzt hat, die hohen allgemeinen Unkosten, die einen kleinen Profit in Verlust verwandeln, haben die Produktionskosten im britischen Mutterland derartig hochgeschraubt, daß die englischen Werke ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren. Zweifellos gibt es britische Betriebe, deren Exportunfähigkeit aus technischer Rückständigkeit, aus der Unwilligkeit ihrer Direktoren herrühren, Kapital zu investieren. Aber die Schärfe dieser Krise — die Ohnmacht der Industrie- und Gewerkschaftsführer — ist zu einem großen Teil die Reaktion auf die Besessenheit der Labour-Linken, die den «Sozialismus in einem Lande» zu verwirklichen erstrebt, ohne Rücksicht auf die eigenen Märkte, die Kaufkraft der Abnehmer, die Wirtschaftsstärke der Konkurrenten. Dieser Dilettantismus muß jetzt bezahlt werden.»

In Heft 14 der «*Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*» (Frankfurt a. M.) zieht der eine der beiden verantwortlichen Redaktoren, der als Wirtschaftskenner geschätzte Dr. *Volkmar Muthesius*, temperamentvoll gegen das herrschende deutsche Steuersystem zu Felde. Im Leitartikel der Zeitschrift stellt der Autor unter dem Titel «*Die verstaatlichte Kapitalbildung*» fest, daß diese Steuerpolitik, wenn sie dem Unternehmer zwei Drittel und mehr seines Einkommens (nämlich des Gewinnes seines Betriebes) fortnimmt, an die Grundfrage unserer Wirtschaftsordnung rührt und jetzt ganz offensichtlich einer weiteren Leistungssteigerung in der Volkswirtschaft im Wege steht. Denn, so argumentiert der Verfasser, der reiche Mann von heute wäre derjenige, der durch Finanzierung der Produktionsmittel seinen Mitmenschen Arbeit geben kann, so wie er es in Zeiten einer minder drückenden Steuerbelastung stets getan hat. Indessen droht das Abgabesystem in seiner gegenwärtigen überspitzten Form jede unternehmerische Kapitalbildung im Keime zu ersticken, darüber hinaus sogar die Aufrechterhaltung der Zahl der Arbeitsplätze in Frage zu stellen. Und — um wieder mit Muthesius zu reden — «ihre Krönung erfährt die wirtschaftliche Unlogik dieses Systems dadurch, daß die Kapitalbildung sich in einem nur schwer vorstellbaren Maße aus der privaten in die öffentliche Sphäre verlagert hat.» Diese Verstaatlichung ist sogar, wie der Pfandbriefmarkt bezeugt, in Bezirke eingedrungen, die sich nach außen hin ihr privatwirtschaftliches Gesicht mühsam zu bewahren suchen. Der Staat wird reicher, aber die Vermögensbildung der privaten Hand nimmt längst nicht in dem wünschenswerten Umfang zu. Muthesius berechnet das Aufkommen aus der Einkommenssteuer auf etwa 7 Mrd. DM, den Investitionsfinanzierungsaufwand der öffentlichen Hand auf 4—5 Mrd. und die private Kapitalbildung demgegenüber auf nur rund 2½ Mrd. DM im Jahre. Ein Abbau der direkten Steuern mit der parallel dazu eingeleiteten Verminderung des öffentlichen Investitionsaufwandes würde bei freier Zinsentwicklung für die private Kapitalbildung eine ruckartige Vermehrung bedeuten. Der Autor läßt die Tendenz zur Vermassung in der deutschen Steuerpolitik anklingen und schließt mit der beherzigenswerten Warnung: «Denn nur, was in der Hand des Menschen selbst entsteht, ist Wohlstand. Einen kollektiven Wohlstand gibt es nicht — es sei denn in einer Welt, die nicht derjenigen entspricht, welche wir zu verteidigen vorgeben.»

Die «*Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten*», herausgegeben vom Free Trade Union Committee of the American Federation of Labor (Box 65, Station G, New York 19) publizierten in Nummer 7 einen Artikel über «*Die kommunistische Heuchelei in Panmunjom*», der auszugsweise wiedergegeben wird.

Die von russischer Seite vorgeschriebene Haltung zu der Frage der *Repatriierung der Kriegsgefangenen* weist nicht die geringste Spur von Ehrlichkeit auf. Es ist in Moskau wie in Peiping bekannt, daß die Genfer Konvention dem Ziele dient, die Rechte der Kriegsgefangenen zu schützen, und die Repatriierungsklausel der Genfer Konvention bedeutet, daß keine Regierung irgendeinem Kriegsgefangenen das Recht verweigern darf, nach seinem Heimatland zurückzukehren, falls er das zu tun wünscht. Das bedeutet nicht, daß Gefangene gezwungen werden müßten, das zu tun. Es war niemals die Absicht der Genfer Konvention, Regierungen zu ermächtigen oder zu zwingen, die Rechte der Kriegsgefangenen außer Kraft zu setzen.

Die Haltung der kommunistischen Unterhändler in Korea steht weiterhin in Widerspruch zu der offiziellen Politik der Sowjetunion gegenüber den Kriegsgefangenen, die in ihre Hände gefallen waren. Ein 1951 in russischem Staatsverlag erschienenenes offizielles Werk über Völkerrecht gibt russische Dokumente aus dem zweiten Weltkrieg wieder, wonach Kriegsgefangene nach ihrer Freilassung das Recht haben, frei zu entscheiden, wohin sie sich begeben wollen. Es verdient ebenfalls hervorgehoben zu werden, daß dieses offizielle Sowjetwerk über das Völkerrecht keinen Widerspruch entdeckt zwischen den Genfer Konventionen von 1929/1949 und dem freien Entscheidungsrecht der Kriegsgefangenen, wohin sie sich nach ihrer Freilassung begeben wollen.

Die Wochenzeitung *«Christ und Welt»* schrieb in ihrer Nr. 29: «Nicht nur das deutsche Land ist heute in zwei Länder aufgeteilt, deren jedes unter der Oberhoheit einer anderen Macht steht. Auch das deutsche Volk und der deutsche Geist sind durch tiefe Gegensätze zerrissen, von denen einer der tiefsten die Stellung zum *«Zwanzigsten Juli»* ist. Die einen billigen den Mordanschlag auf Hitler, die anderen mißbilligen ihn; jeder von ihnen nimmt das Wort «deutsch» für sein sittliches Urteil in Anspruch und hält den Andersurteilenden für einen schlechten Deutschen. Es führt nicht weiter, daß man diese Sache als einen Streitfall in den Topf der Probleme tut und in den Eisschrank der Geschichtswissenschaft stellt. Es ist nicht nur ein Streitfall, sondern ein Gegensatz in der Lebensanschauung.» Es ist bedeutungsvoll, daß zahlreiche deutsche Zeitungen auch dieses Jahr den 20. Juli 1944 einer Betrachtung unterzogen haben. In einem Artikel *«Auflehnung gegen den Helden»* schrieb die Hamburger Wochenzeitung *«Die Zeit»* (Nr. 29): «Dem einen galt die Treue als das Wichtigste, dem andern das, was Kant «das moralische Gesetz in uns» nannte. Die einen meinten, ihr Vaterland zu schützen, die anderen wollten die Seele ihres Volkes bewahren. Wer will sagen, daß die eine oder die andere Verhaltensweise falsch oder gar sträflich war? Es gibt dafür keine Maxime. Diese höchst persönliche, gewissermaßen letzte Frage, ließ sich nicht an Hand der Heeresdienstvorschrift entscheiden. Denn, und das sollte man nicht vergessen, es handelte sich ja damals, in jener Zeit, nicht um eine normale, vorhersehbare und sich jederzeit wiederholende Situation, sondern um einen Ausnahmefall. Nämlich darum, daß das Staatsoberhaupt, dem das Volk des Staates anvertraut ist, anstatt diesen Staat zu schützen, ihn innerlich zersetzt hat, also selbst zum Verräter wurde. Und in diesem Moment, und das ist eben der Sonderfall, setzt das Recht — vielleicht könnte man sogar sagen, die Pflicht — des Bürgers ein, den Staat gegen den Usurpator zu schützen. Wer sich hierzu entschloß, der ist jedenfalls im moralischen Sinne nicht des Verrats schuldig geworden, auch wenn er juristisch wegen Hochverrat zur Rechenschaft gezogen wurde.»

Starke Beachtung verdient die Sondernummer, welche die Wochenzeitung *«Das Parlament»* als eindrucksvolle Gedenknummer für den 20. Juli herausgegeben hat. Sie enthält eine Reihe aufschlußreicher Aufsätze, so von Lukaschek, Speidel, Gerstenmeier, John, Dahrendorf, Abschnitte aus dem Tagebuch Hassells, die großen Gutachten und Plädoyers beim Remerprozeß. Historisch besonders wichtig ist der

Aufsatz des Bischofs von Chichester «Anthony Eden glaubte es nicht». Er schreibt: «Ob der Anschlag geglückt wäre, wenn die Alliierten ihn 1942 unterstützt hätten, kann man unmöglich sagen. Wenn er geglückt wäre, würde dies sicherlich den Krieg verkürzt und das Ausmaß des Leidens vermindert haben. Aber es ist wichtig, hervorzuheben, daß diejenigen, deren Namen als Anführer bis 1942 angegeben wurden, die Führer im Jahre 1944 waren. Es muß noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen werden, daß dies nicht das erste Mal war, daß Beck und Goerdeler die Britische Regierung von ihrem Widerstand gegen Hitler unterrichteten.» — Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die diesbezügliche Darstellung von Allen Welsh Dulles in seinem interessanten Buch «Germany's Underground» (siehe Besprechung Augustheft 1947, S. 341/42).

Wie sehr sich bald nach Kriegsschluß die Ansicht der führenden Männer geändert hat, beweist das von der oben erwähnten Zeitung wiedergegebene Urteil Churchills im Britischen Unterhaus im Jahre 1946: «In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne eine Hilfe von innen oder außen — einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. So lange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar und unerkennbar, weil sie sich tarnen mußten. Aber an den Toten ist der Widerstand sichtbar geworden. Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah. Aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus.»

*Der Führerstaat tötet das Gewissen und belohnt die
Gewissenlosigkeit. Er macht die Treue zur Untreue und
die Ehre zur Unehre. Er macht die Wahrheit zur Lüge
und die Lüge zur Wahrheit.*

Erbo in der Zeitung «Christ und Welt»